

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
KARL HONAY

16

Wien, am 19. Jänner 1932.

## Der städtische Rechnungsabschluss für das Jahr 1930.

Der Wiener Stadtsenat setzte heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Beratung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1930 fort.

Zur Verhandlung steht die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen. In der Spezialdebatte führt St.R. Biber (chr. soz.) aus, dass für den Wohnhausbau eine ordentliche Bilanzierung unerlässlich sei; er beantragt, die während eines Verwaltungsjahres für die städtischen Wohnhausbauten zur Ausgabe gelangenden Gelder nach Aufwendungen für die bereits am Beginn des Jahres in Ausführung gewesenen Bauten, nach Aufwendungen für neubegonnene Bauten und nach Restzahlungen, die für früher <sup>herge-</sup> stellte Bauten geleistet worden sind, zu trennen. Ferner sollen am Ende eines jeden Verwaltungsjahres nach einheitlichen Grundsätzen Inventuren aufgenommen werden, die einerseits die an unvollendeten Bauten vollbrachten Leistungen, andererseits die dort lagernden Materialien dem Werte nach erfassen. Die einzelnen Endsummen sollen anlässlich des Rechnungsabschlusses verlautbart werden. Der Redner bespricht die Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes, wobei er sich insbesondere mit der Frage der Amortisation des aufgewandeten Baukapitals beschäftigt.

Vizebgm. Hoss (chr. soz.) bemerkt, dass im Jahre 1930 trotz der schon einsetzenden Wirtschaftskrise für den Wohnhausbau nicht weniger als 56 Millionen Schilling aus den laufenden Mitteln ausgegeben worden seien. Der Redner verlangt, Siedlungsbauten auch an grössere Baumeisterfirmen zu vergeben, ferner die Anregungen des Kontrollamtes zu befolgen, vor allem solche, die schon wiederholt ergangen, trotzdem aber bis heute von der Verwaltung nicht beachtet worden sind.

Nach dem Schlusswort des Berichterstatters werden die Positionen der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen genehmigt, der Antrag Biber wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

St.R. Richter leitet die Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten ein. Er berichtet, dass die Ausgaben um 6'5 Millionen Schilling hinter den Ansätzen des Voranschlages zurückbleiben; die Einnahmen seien um rund 400.000 Schilling geringer, sodass die Nettoausgabe um 6'1 Millionen Schilling günstiger sei.

G.R. Angermayer (chr. soz.) berügelte, dass die in dieser Verwaltungsgruppe untergebrachten Betriebe sehr teuer geführt werden. Der Bericht des Rechnungshofes über diese Betriebe bestätige die Richtigkeit der von der Minderheit schon wiederholt gemachten Feststellungen. Es wäre vor allem im Interesse der Privatwirtschaft gelogen, diese kostspieligen Betriebe abzustossen.

St.R. Dr. Motzko (chr. soz.) verlangt, bei Aufstellung von Skulpturen nicht nur künstlerische, sondern auch ästhetische Erwägungen gelten zu lassen.

St.R. Biber (chr. soz.) beanständet, dass die öffentlichen Ausschreibungen mangelhaft durchgeführt und die städtischen Tarife nicht eingehalten werden. Die Strassonpflege lasse ebenfalls sehr viel zu wünschen übrig.

Vizebgm. Hoss (chr. soz.) verlangt, dass bei Arbeitsvergebungen nicht nur die städtischen Werkstätten, sondern auch private Firmen zur Offertstellung eingeladen werden sollen. Wenn eine private Firma Bestbieterin sei, müsse ihr auch die Arbeit zugewiesen werden. Seit Jahren schon

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 19. Jänner 1932.

habe ich auf den schlechten Bauzustand der Reichsbrücke aufmerksam gemacht; nunmehr bestehe bereits die allerdringendste Notwendigkeit, alles daranzusetzen, um mit dem Bund möglichst rasch zu einem Einvernehmen zu gelangen.

G. R. Stöger (chr. soz.) tadelt, dass die Denkmal<sup>pflege</sup> viel zu wünschen übrig lasse. Das Gleicht gelte vom Gartenwesen; die neuen Gartenanlagen seien sehr dürftig ausgestattet. Unerlässlich sei es, endlich einmal die Schutzmittel-Automaten aus den öffentlichen Anstandsorten zu entfernen, da der weisse Tod ohnehin schon allzusehr wüte.

G. R. Krammer (chr. soz.) wünscht eine Renovierung der Schlechthausbrücke. Anlässlich der Arbeiterolympiade habe es sich schon herausgestellt, dass die Brücke den Anforderungen nicht genüge.

Im Schlusswort entgegnet der Referent unter anderem, dass die städtischen Betriebe in keiner Weise die Privatwirtschaft konkurrenzieren. In der Reichsbrückenfrage habe die Gemeinde schon seit Jahren auf eine Lösung gedrängt; in dieser Angelegenheit treffe die Gemeinde keine Schuld.

Die Positionen der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten werden genehmigt.

Nunmehr berichtet St. R. Kokrda über die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten. Die Einnahmen übersteigen um 300.000 Schilling den Ansatz, während die Ausgaben um rund 1'9 Millionen Schilling hinter dem präliminierten Betrag von 105'6 Millionen Schilling zurückbleiben.

G. R. Angermayer (chr. soz.) verlangt, die Verhältnisse bei den städtischen Lagerhäusern endlich einmal in Ordnung zu bringen. Der Redner beschäftigt sich dann mit der Baustoffbeschaffung. Beim Ziegelwerk Oberlaa und anderen ähnlichen Betrieben schneide sich die Gemeinde selbst ins Fleisch. Eine Abstossung dieser Betriebe wäre nicht nur im Interesse der Gemeinde, sondern auch im Interesse der Privatwirtschaft, die durch diese Betriebe geschädigt werde, gelegen. Der Betrag von 1'4 Millionen Schilling für die unentgeltliche Abgabe der Lernmittel sei bei den heutigen Finanzlage der Gemeinde kein Pappenstiel.

G. R. Stöger (chr. soz.) wendet sich ebenfalls gegen die unentgeltliche Abgabe der Lernmittel; St. R. Kunschak (chr. soz.) verlangt, dass die Gemeinde nur österreichische Waren kaufe.

Nach dem Schlusswort des Referenten werden die Positionen der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten genehmigt.

Zur Verwaltungsgruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten beanständet nach einem Bericht der Stadtrates Linder G. R. Angermayer (chr. soz.) die Verrechnung der Kosten des Sicherheits- und Wachdienstes der Gemeinde, worauf die Ansätze genehmigt werden.

Nach einem Bericht des Vizebürgermeisters Emmerling werden sodann die Bilanzen der städtischen Unternehmungen ohne Debatte genehmigt; der Bericht des Rechnungshofes über die Gebarung der Bundeshauptstadt Wien im Jahre 1930, die Äusserungen der Beauftragten und des Direktors des Kontrollamtes zu diesem Bericht und der Bericht des Kontrollamtes werden zur Kenntnis genommen. Damit sind die Verhandlungen abgeschlossen.